

Wird jetzt „die Demokratie entfaltet?“

Nach der Parteikonferenz: SED beim Wort nehmen!

Die III. Parteikonferenz der SED ist beendet. Sie hat ein wirtschaftliches und ein politisches Fazit. Der neue Fünfjahresplan und seine Nebenerscheinungen sind die eine Sache, die politischen Thesen der SED eine andere. Fest steht jedoch: Die SED hat keines ihrer politischen Ziele aufgegeben. Sie hat lediglich einige vage Zusicherungen gemacht, wonach sie diese politischen Ziele künftig unter stärkerer Beachtung von Verfassung und Gesetz verfolgen werde. Sollen diese Zusicherungen in die Tat umgesetzt werden, dann allerdings müßte die SED laufend an sie erinnert werden. Jetzt kommt es darauf an, die SED beim Wort zu nehmen, Forderungen zu stellen und weitere Willkürakte zu verhüten.

Die wirtschaftlichen Forderungen der SED, so unpopulär und unsozial sie sind, kommen der Bevölkerung dabei zu Hilfe. Die SED ist tatsächlich bereit, für die Erfüllung ihres Wirtschaftsplanes einen wesentlichen Preis zu zahlen, weil die Durchsetzung ihrer gesamten Politik mit diesem Plan steht und fällt.

Theoretisch wäre die Macht der SED dadurch am nachhaltigsten zu schwächen, wenn man jetzt die Hauptkraft des Widerstandes gegen diesen Plan richten würde. Dem steht entgegen, daß die Sowjetzonenregierung heute genügend Machtmittel besitzt, um eine offene Auflehnung gegen ihre Politik, auch in den Betrieben, brutal zu unterdrücken. Das aber wäre zur Zeit gar nicht im Sinne der SED.

Forderungen stellen!

Wenn man in der gegenwärtigen Phase wirtschaftlicher Anstrengungen die Erfüllung der Arbeitsnorm von den politischen und menschlichen Grundrechten abhängig macht, werden sich diese Rechte weitgehend durchsetzen lassen. Ein Trugschluß jedoch wäre es, anzunehmen, die SED würde diese Rechte — als Arbeitsansporn gewissermaßen — von selbst anerkennen. Partei und Regierung geben nur so weit nach, als sie dazu gezwungen werden.

Ihre grundsätzliche Art zu reagieren ist geblieben.

SSD-Chef Wollweber hat für die Geheimpolizei zugegeben, daß „gewisse Übergriffe“ stattgefunden haben. Allerdings habe man niemanden allein wegen seiner politischen Gesinnung eingesperrt. Nun liegt es an den Betroffenen und ihren Angehörigen, den Gegenbeweis zu führen! Der SSD-Minister wird es sich kaum leisten können, einen Massenprotest in dieser Situation zu ignorieren. Generalstaatsanwalt Melsheimer hat Rechtsbrüche zugegeben, die meisten davon seien jedoch „bereits korrigiert“. Sollen die Zehntausende „nichtkorrigierter Fälle“ damit weiter in den Gefängnissen der Zone bleiben? Am Osterdienstag wurden der Öffentlichkeit die Maßnahmen zur „breiten Entfaltung der Demokratie“ in der Zone als SED-Vorschlag unterbreitet. Nicht eine einzige konkrete Zusage läßt sich aus ihnen ableiten. Es bleibt so, wie wir es vorausgesagt haben: Man wird parteiinterne Gesetzlosigkeiten revidieren, der durch Gesetzesübertretung und Verfassungsbruch drangalierte Normalbürger aber muß sich die neue „Demokratie“ erst durch Forderungen erkämpfen.

„Entspannung“ ja, aber...

Niemand ist gegen die von der SED geforderte „Entspan-

nung“. Es wäre falsch, auch die geringste Möglichkeit einer tatsächlichen Entspannung zu übersehen. Nur liegt es hier an der SED, den ehrlichen Willen zu dokumentieren. Wollweber sagte, „gewisse Kontrollen und Zwangsmaßnahmen“ seien gegenwärtig nicht mehr erforderlich und sogar vom Übel. Also bitte: Wo bleibt der in erträgliche Bahnen gelenkte Interzonenverkehr? Wo bleibt die Normalisierung der Situation in Berlin? Wenn kein Kirchenkampf, warum dann Zwang zur Jugendweihe? Wenn schon „kultureller Austausch“, warum dann kein Zeitungsaustausch zwischen Ost und West? Wenn schon „Demokratie“, warum dann weiter die Bevormundung und Unterdrückung selbst der bereits weitgehend gleichgeschalteten bürgerlichen Sowjetzonen-Parteien?

Die SED propagiert die neuen sowjetischen Abrüstungsvorschläge, die auch eine Luftinspektion der möglichen gegenseitigen Aufmarschgebiete akzeptieren. Aber die SED läßt einen Westberliner nicht einmal mit dem Fahrrad nach Strausberg fahren, um dort eine alte Tante zu besuchen. So geht es schließlich nicht!

Bereits in dieser Woche beginnt in Betrieben, Organisationen und Hausgemeinschaften die große Parteikonferenz-Diskussion. Man sollte von vornherein darauf achten, daß sie nicht in der Wiederholung nichtsagender Phrasen steckenbleibt. Jeder sei sich dessen bewußt: Jetzt ist Gelegenheit, der SED gewisse Zugeständnisse abzurufen. Die SED ist bereit, so weit wie erforderlich zurückzugehen. Der neue Plan ist eine Waffe in der Hand der Bevölkerung, sofern sie die Lage der SED zu erkennen weiß... 3

J. B. Gradl:

Ist das Eis gebrochen?

„Man lebt richtig wieder auf“, sagen die Menschen oft in diesen ersten Frühlingstagen. Sie sind froh, daß Wärme und Heiligkeit sich endlich durchsetzen und daß sich das erste Grün zeigt. Sie sind freudiger und zuversichtlicher.

Aber wenn wir nun einen Augenblick einhalten, ist das, was uns die politische Welt darbietet, wirklich Hoffnung weckend? Die alten Nöte sind doch geblieben, zumal die Spaltung unseres Landes. Und neue Probleme drücken die Welt, Nordafrika zum Beispiel und der Nahe Osten, wo der Ausbruch offenen Krieges droht. Also ist kein Grund, sich einem Frühlingsrausch zu überlassen, jedenfalls nicht in der Politik.

Dennoch gibt die Situation, wie sie sich jetzt zeigt, Anlaß zu stärkerer Zuversicht, als noch kurz zuvor gehofft werden konnte. In der Mitte des Februar hielt die Kommunistische Partei der Sowjetunion ihren rauschenden Parteitag in Moskau ab, eine Veranstaltung, von der sie Selbstbewußtsein und Zukunftsglauben ausstrahlen ließ. Der Westen war voll beschäftigt, seine sorgenvollen Gedanken über die wirtschaftlichen und propagandistischen Vorstöße der sowjetischen Führer zu ordnen und die neuen Unruheherde zu dämpfen. Niemand hätte noch vor sechs Wochen geglaubt, daß die kommunistische Welt, die sich so selbstsicher gebärdete, gerade in eine Krise eintrat, wie sie sensationeller nicht gedacht werden kann. Niemand hätte geglaubt, daß von Moskau bis Pankow und von Warschau bis Budapest die kommunistischen Spitzen sich in einem Klage- und Rachechor gegen den vereinen würden, der für sie bis dahin wie Gott war.

So etwas ist möglich

So etwas also ist möglich! In einem System, dem wirklich alle modernen Mittel der Beeinflussung zur Verfügung stehen. Dem ein Polizeiapparat dient,

der praktisch keine Lücke hat. In einem System, das große und alte Völker einfangen und unterwerfen konnte, und das sich seiner Politik „fehlerloser Wissenschaftlichkeit“ bis zum Überdruß rühmte. Wir wollen heute nicht das Rätselraten fortsetzen, was wohl das Kreml-Kollektiv veranlaßt haben könnte, den zu verbrennen, den es gestern angebetet hatte oder jedenfalls anbeten ließ. Wir wollen heute nur feststellen, daß in diesem Geschehen Unerhörtes zum Ausdruck kommt. Zwar hat die freie Welt immer behauptet, daß im Reich des Kommunismus Terror, Wahnwitz und Dämonie am Werk sind. Aber daß die Führer dieser kommunistischen Welt das jetzt selber sagen von dem Mann, der der höchste Ausdruck kommunistischer Macht und kommunistischer Erfolge war, das ist das Unerhörte. Es bestätigt, daß es menschlicher Vermessenheit heute ebensowenig wie in vergangenen Jahrtausenden gelingt, babylonische Türme zu bauen.

Jedoch, ist diese kommunistische Selbstenthüllung nicht ein Zeichen von Stärke? Die Kommunisten selber behaupten das, und sie wären schlechte Propagandisten, wenn sie nicht von dem unerhörten Inhalt des Geschehens abzulenken suchten auf das Verfahren, das mit seiner für ihre Verhältnisse beachtlichen Offenheit Vertrauen wecken könnte. Aber für die Begründung des Geschehens sagt das gar nichts. Niemand kann vernünftigerweise glauben, daß das Kremlkollektiv Stalin und den Stalinismus in solcher Weise verfehlt hat, nur um Vertrauen in der westlichen Welt zu gewinnen. Dazu hätte der Kreml andere, billigere Mittel gehabt als diese Ächtung des Mannes, der von knapp vier Jahrzehnten sowjetischen Kommunismus fast drei Jahrzehnte an seiner Spitze stand. Wieviel Glauben, kann ein System noch erwarten, das den Anspruch erhob, dem Menschen das Paradies auf Erden zu schaffen, und das dann solche Furchtbarkeiten gebar — nicht nur in der Sowjetunion, nein,

in allen kommunistisch beherrschten Ländern, wie wir jetzt der Reihe nach erfahren. Die Halbierung der kommunistischen Stimmen gegenüber

1954 bei den Betriebsrätewahlen der italienischen Fiatwerke, einer einstmaligen kommunistischen Hochburg, ist bemerkenswert, wenn man diese Antwort auch nicht gleich verallgemeinern darf.

Die Wurzel

Nein, die eigentliche Wurzel des Geschehens muß in anderem liegen, tiefer als im Politischen. Vielleicht — ich glaube es fast — liegt sie im Einfach-Menschlichen. Vielleicht wird dieses System, in dem alles Leben genormt und der materiellen Zweckmäßigkeit unterworfen wird, schließlich sogar für die Mächtigen unerträglich. Vielleicht handelt es sich um den eruptiven Durchbruch des Menschlichen durch die lastende Decke dieser Jahrzehnte der Entseelung und Unmenschlichkeit. Es gibt ein sehr eindrucksvolles Wort von Gertrud von le Fort, das wohl hierher paßt: „Das Menschliche ist trotzdem das einzige, das über die Furchtbarkeit der Weltgeschichte triumphieren kann.“

Ob dieses unerhörte Geschehen im kommunistischen Bereich nur ein einmaliger Ausbruch ist, der schnell wieder verschüttet werden wird, oder ob es der Auftakt zu etwas Neuem, zu einer Art Läuterung, zu einer Vermenschlichung wird — das kann wirklich niemand im voraus sagen. Nur die künftigen Taten können es erweisen. Die Stimmen der westlichen Welt, die zu Vorsicht und Wachsamkeit mahnen, sind jedenfalls berechtigt. Dennoch wäre es falsch, dieses kommunistische Geschehen politisch abzutun mit der Formel, der Kommunismus halte unverändert an seinen weltrevolutionären Zielen fest. In der Geschichte der Menschheit sind bewegende Kräfte oft mit dem Anspruch auf totale Herrschaft aufgetreten — aber ebenso zeigte der geschichtliche Ablauf, daß sie schließlich unter dem Druck der Wirklichkeit zwar nicht immer in ihren Worten, aber in ihrem tatsächlichen Verhalten resignierten und sich beschränken mußten.

Die freie Welt darf sich die Deutung dieses Geschehens nicht zu leicht machen. Es könnte sonst sein, daß der Westen zu

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Maured.-v.-Richtofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Über Sowjet-Vorschlag besorgt

CDU/CSU-Bundestagsfraktion bezweifelt Entspannung

Bonn (Eigenmeldung). In die internationalen Abrüstungsgespräche hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit einer offiziellen Erklärung eingeschaltet. Da solche außenpolitischen Erklärungen nur bei ganz seltenen wichtigen Anlässen von der Fraktion veröffentlicht werden, kann man allein aus dieser Tatsache entnehmen, welches Aufsehen in Bonn die jüngste Entwicklung des Abrüstungsgesprächs erregt hat.

Aus der Erklärung der CDU-CSU und aus einer Stellungnahme des sozialdemokratischen Pressedienstes vom gleichen Tage klang deutlich die Sorge heraus, daß die Frage der Wiedervereinigung bei den Abrüstungsverhandlungen in den Hintergrund treten könnte.

Die CDU-Erklärung beschäftigt sich zunächst mit dem neuen sowjetischen Abrüstungsvorschlag. Sie wirft der Sowjetregierung vor, bei diesem Vorschlag, der als Achse der sogenannten „Zone der Entspannung“ die Elbe und Werra vorsieht, von der Existenz zweier deutscher Staaten auszugehen und die Spaltung Deutschlands aufrechtzuerhalten. Der Vorschlag verstoße damit nicht nur gegen die Lebensrechte des deutschen Volkes, sondern verhindere auch

Chruschow: Frieden ohne Einheit

Die Deutschland-Politik des sowjetischen Parteichefs

Berlin (AP/Eigenmeldung). Der sowjetische Parteisekretär Chruschow hat in Moskau erklärt, die Wiedervereinigung Deutschlands sei für die Erhaltung des Weltfriedens nicht unbedingt erforderlich. Diese Feststellung erregte großes Aufsehen. Chruschow sprach auf einem prunkvollen Gala-Bankett zu Ehren des schwedischen Ministerpräsidenten Erlander.

Er stellte sich vor Pressevertretern selbst die Frage: „Kann man sich den Frieden ohne die Wiedervereinigung Deutschlands vorstellen?“ und antwortete, während er an einem Glas Sekt nippte: „Ja, das kann man.“ In ungewöhnlich ruhigem Ton bemerkte er: „Vor allem muß der Friede gesichert werden. Die Menschen wollen in Frieden leben. Aber wenn man mit uns in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands in der Sprache der Stärke spricht, so zeigen auch wir Stärke.“

Ganz besonders anerkennend äußerte sich Chruschow zu einem Interview des französischen Ministerpräsidenten Mollet in einer amerikanischen Zeitschrift, in der ebenfalls die Abrüstung als das erste und die Wiedervereinigung als zweitrangiges Problem bezeichnet wurde. „Dies Interview gefiel uns“, sagte er. „Ich stimme nicht mit allem überein, was der französische Ministerpräsident sagte, aber es war zweifellos ein gutes Interview. Mit dem größeren Teil der Ausführungen bin ich einverstanden. Sie waren gut für die Sache des Friedens und der Freundschaft... insbesondere hörten wir gern, was er (Mollet) über die Abrüstung erklärte.“

Auch Außenminister Molotow pries die von Mollet und vom französischen Außenminister Pineau vertretenen Ansichten und bezeichnete die Äußerungen der beiden Minister als „die Stimme des französischen Volkes“.

Chruschow, Ministerpräsident Bulganin und Molotow fanden überdies anerkennende Worte für die Neutralitätspolitik Schwedens und empfahlen den anderen skandinavischen Nationen eine ähnliche Einstellung.

Neue Warnung vor Atomkrieg

Aus der aufsehenerregenden Osterbotschaft des Papstes

Vatikanstadt (AP/DFA). Papst Pius hat in seiner Osterbotschaft erneut seine Stimme gegen die Gefahren des Atomkrieges erhoben und die Menschheit vor dem Wettrüsten mit den Atomwaffen gewarnt. Er billigte aber ausdrücklich die Forschungen für die verschiedenen Anwendungen der Kernenergie zu friedlichen Zwecken, betonte aber, man könne die Tatsache nicht übersehen, daß auch eine Verwendung für Tod und Vernichtung gesucht werde.

Der Papst, der zu 350 000 Gläubigen auf dem Petersplatz sprach, sagte weiter, die Kirche

habe noch nie Tyrannen oder Hindernisse gefürchtet und fühle auch heute die Kraft in sich, die dornigsten Fragen der Menschheit in Angriff zu nehmen. Der Feind des Friedens setze an den schwachen Stellen des Menschen wie dem Pessimismus, der Habsucht und dem Neid an, um Verwirrung zu stiften. „Er bedient sich bald der einen, bald der anderen dieser Leidenschaften, stachelt durch Schmeicheleien oder Drohungen die eine oder die andere an, hier verhandelnd, dort zerschlagend, heute seine Mythen hochherhebend, morgen sie verdammend.“

Rehabilitierungen am laufenden Band

Drei Verurteilte im Slansky-Prozeß freigelassen

Prag (AP/DPA). Nach dem Muster von Moskau beginnen jetzt die Satellitenstaaten mit der Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus. Den Auftakt bildete die Rehabilitierung des früheren ungarischen Außenministers Rajk, der 1949 hinge richtet wurde. Nunmehr sind nach nichtamtlichen Informationen aus Prag drei ehemalige führende Funktionäre, die in dem Slansky-Clementis-Prozeß des Jahres 1952 zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, freigelassen worden. Es handelt sich um den früheren stellvertretenden Außen-

minister Arthur London, Vavro Haydu und den ehemaligen stellvertretenden Außenhandelsminister Loebel. Von amtlicher Seite in Prag wird eine Stellungnahme zu diesen Nachrichten bisher noch abgelehnt. Den drei Angeklagten war seinerzeit Trotzismus, Titoismus, Zionismus und Verrat vorgeworfen worden. Die Freilassung der drei Angeklagten würde die Rehabilitierung des 1952 hingerichteten Generalsekretärs der tschechischen KP, Slansky, und der zehn mit ihm zum Tode verurteilten Angeklagten bedeuten. Gleichzeitig verlautet aus So-

fia, daß der 1949 zum Tode verurteilte und hingerichtete ehemalige bulgarische stellvertretende Ministerpräsident Kostoff und die meisten seiner Mitangeklagten rehabilitiert worden seien. Auf Grund eines starken sowjetischen Drucks soll das Zentralkomitee der bulgarischen KP in einer Resolution gegen den gegenwärtigen Ministerpräsidenten Tscherwenkoff den Vorwurf erhoben haben, daß er sich von dem Grundsatz der kollektiven Führerschaft entfernt habe. Man sagt Tscherwenkoff enge persönliche Kontakte zu Stalin und Berija nach. Angeblich hält aber die Mehrzahl der Mitglieder des ZK weiter zu Tscherwenkoff.

Wer ist Trotzki's Mörder?

(Eigenbericht). — „Jacques Mornard“ nannte sich der Mann, der am 21. August 1940, Trotzki in seinem mexikanischen Asyl ermordet hat und der demnächst auf Grund eines Gnaden gesuches aus der Haft entlassen werden soll. Der Mörder war zu zwanzig Jahren Gefängnis verurteilt worden, die er in Mexiko City verbüßt.

Es ist merkwürdig, daß dieser Mann immer noch Jacques Mornard genannt wird, obwohl er ganz anders heißt. Trotzki's Leute schlugen ihn nach der Tat halbtot, konnten ihn aber nicht dazu bringen, seinen Namen anzugeben. Später machte er wechselnde Aussagen, nannte sich Frank Jacson, dann van den Dresche und blieb schließlich dabei, er sei ein Belgier namens Mornard. Lange Zeit hatte die politisch interessierte Welt keine Ahnung, ob sich das Dunkel um diese Person mittlerweile erhellt habe. Im Jahre 1952 jedoch veröffentlichte der amerikanische Schriftsteller Murray Teigh Bloom in dem Magazin „True“ das Ergebnis seiner Nachforschungen.

Bloom machte den mexikanischen Kriminalfachverständigen Dr. Alfonso Quiroz ausfindig, der dem Fall Mornard mit Erfolg nachgegangen war. Überzeugt davon, daß es sich nicht um einen Belgier, sondern um einen Spanier handele, reiste Quiroz nach Spanien und nahm

dort Fühlung mit der Polizei. Es gelang ihm, Fingerabdrücke zu finden, die mit denen des Trotzki-Mörders übereinstimmten. Bekanntlich wiederholen sich Fingerabdrücke eines Menschen niemals in der absolut gleichen Form. Das von Quiroz entdeckte Material erwies, daß Mornard ein aus Barcelona stammender Kommunist ist. Sein richtiger Name lautet: Ramón Mercader del Rio Hernández.

Auch Fotografien wurden beschafft. Der Vergleich ließ keinen Zweifel mehr an der Identität des Mannes, der sich Mornard nannte. Über Herkunft und Tatverlauf erfuhr man fernher folgendes:

Der Vater, Maria Eustasia de la Caridad del Rio Hernández, war ein oft genannter katalanischer Revolutionär. Auch die Mutter kannte man als fanatische Kommunistin. Sie erzog den Sohn in ihrer politischen Überzeugung, und sie war es gewesen, die Ramón zu der Ermordung Trotzki's überredet hatte. Von der NKWD geschützt und geleitet, landeten Mutter und Sohn in Mexiko und bereiteten das Attentat sorgsam vor. Ramón wußte sich in Trotzki's Vertrauen einzuschleichen.

An jenem 21. August hatte es stark geregnet. Es fiel daher nicht auf, daß Ramón einen Regenmantel trug. Da sich das

Wetter gerade aufhellerte, als der Besucher ankam, ging Trotzki mit ihm in den Garten. Ramón brauchte also den Mantel nicht abzulegen, und er behielt ihn auch an, nachdem sie die Hühner besichtigt hatten und ins Haus zurückgekehrt waren.

Trotzki wollte aus dem Werk, an dem er arbeitete, etwas vorlesen und mußte von dieser Absicht ganz erfüllt gewesen sein, denn sonst würde er wohl zum Ablegen des Mantels aufgefordert haben. Er setzte sich an den Schreibtisch und schlug das Manuskript auf. Ramón stand neben ihm. Unter dem Mantel verbarg er eine kleine Spitzhacke. Während Trotzki las, sauste ihm diese Hacke in den Schädel.

Es gibt heute kein Geheimnis mehr um den Trotzki-Mörder, was auch General Florencio Anita Loyo, der Leiter des mexikanischen Staatsgefängnisses, bestätigte. Als er dem Häftling das Resultat der Nachforschungen vorhielt und ihn mit seinem wahren Namen ansprach, wurde „Mornard“ leichenblaß und schwieg. Übrigens weigerte sich der Mörder noch bis vor kurzem, ein Gnaden gesuch einzureichen, wohl deshalb, weil er sich im Gefängnis sicher fühlte. Wenn er nun seine Ansichten geändert hat, wird er inzwischen erfahren haben, daß ihm draußen keine Gefahr droht.

So sind sie wirklich:

Schulterklopfer und Spatenstich-Experte

Seit sich Blockaden und Drohungen in der Ost-West-Politik zunehmend als wirkungslos erwiesen, gelten für Berlin in der SED-Terminologie die Begriffe „Aktionseinheit“ und „Demokratische Aussprache mit dem Westmagistrat“. Als Schlüsselfigur für diese Art Methoden wurde jüngst auf der SED-Parteikonferenz wiederum Fritz Ebert, Ostberlins nominelles Stadtoberhaupt, vorgeschoben. Aus zwei Gründen: 1. Von dem Namen Ebert verspricht sich die SED eine gewisse Anziehungskraft auf die Sozialdemokratie, 2. Fritz Ebert ist als Ostberliner Oberbürgermeister noch die unverfänglichste Figur, um mit einem SED-Programm vor dem Schöneberger Rathaus vorzuführen.

Zwei Dinge haben Ebert für seinen heutigen Posten prädestiniert: Er ist der Sohn des ersten deutschen Reichspräsidenten Friedrich Ebert und — er ist politisch unbelastet. In der SED nennen sie ihn den „Schulterklopfer“ und „Spatenstich-Experten“, weil sich in diesen beiden Tätigkeiten nahezu sein hohes Amt erschöpft.

Kein „Talent zum Helden“

Ebert selbst pflegt von sich zu sagen, er habe weder zum Märtyrer noch zum Helden ein besonderes Talent. Der heute 61jährige ist im Schatten seines Vaters groß geworden, Gelernter Buchdrucker, kam er 1910 zur Sozialistischen Arbeiterjugend und 1913 zur SPD. Soldat des 1. Weltkrieges, wurde er 1919 sozialdemokratischer Redakteur an verschiedenen Parteorganen. Als Chefredakteur der Brandenburger SPD-Zeitung wurde er gleichzeitig Parteifunktionär und 1928 Reichstagsabgeordneter. Der Name seines Vaters schützte ihn über die Härten des Weimarer Parteienkampfes hinweg. Selbst die Gestapo, die ihn 1933 routinemäßig verhaften ließ, gab ihn nach acht Monaten wieder frei. Kein „Talent zum Helden“...

Ebert ist für die Kommunisten kein Mann des Widerstandes. Er hat während der

FRITZ EBERT



Nazizeit alle derartigen Anträge ängstlich abgewiesen. Als Soldat nahm er am Polenfeldzug teil und wurde 1940 wieder entlassen. Als Werbefachmann im Reichsverlagsamt blieb er von Krieg und Politik verschont. Er warb für die NS-Literatur, wie er für die Partei seines Vaters Zeitung zu machen pflegte.

Er ließ sich „mitvereinigen“

1945 erkannte er wieder die SPD als seine Heimat an. Wieder bezog er als Sekretär das Brandenburger SPD-Büro. Bei der Fusion SPD-KPD ließ er sich, wie er Freunden seinerzeit erklärte, einfach „mitvereinigen“. Die Kommunisten, die der Name mehr als sein Träger interessierte, holten Ebert in ihren ersten SED-Parteivorstand. 1949 wurde Ebert stummer Assistent im SED-Politbüro, 1950 Mitglied des ZK. Die „Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft“ wußte 1950 keinen Harmloseren zu ihren Präsidenten zu machen.

Eberts Mission für die Kommunisten begann mit der Spaltung Berlins. Nach dem Sturm randalierender SED-Trupps auf das Stadthaus machte ihn eine SED-Versammlung im Ostberliner „Admiralspalast“ zum (Ost-)Oberbürgermeister. Die Legende berichtet, Ebert habe damals nach Westberlin flüchten wollen und hohe Sowjetoffiziere hätten ihn persönlich daran gehindert. Wer Ebert kennt und kannte,

weiß, daß dieses eben nur Legende ist. Aber erst im Februar 1953, anlässlich der Proklamation der „Volksvertretung Groß-Berlin“, wurde Ebert als „OB“ bestätigt. Die SED überhäufte ihn mit einer Vielzahl unwichtiger und teils lächerlicher Funktionen, die bis zum FDJ-Ehrenmitglied hinunterreichten. Neben koreanischen und dem „Vaterländischen Verdienstorden“ fiel ihm anlässlich seines 60. Geburtstages auch der „Karl-Marx-Orden“, die höchste Sowjetzonen-Ehrung, zu. Ebert hat es der SED aufrichtig gedankt. Er dient ihr, wie er jedem dienen würde, der ihm die Chance bietet, einen großen Namen — gleich, auf welche Weise — weiter in der Politik zu halten.

„Fragen Sie mal die Blecha...!“

Nur als Oberbürgermeister hat Ebert leider nicht sehr viel zu sagen. Seine Mitarbeiter kennen das, wenn der beliebte Chef achselzuckend meint: „Fragen Sie mal die Blecha, was die dazu meint!“ Johanna Blecha, 1. Stellvertreterin des Stadtvorsitzenden, lenkt die kommunalen Geschicke Ostberlins im Auftrage der SED. Nicht Ebert, sie entscheidet, was von Nutzen ist. Ebert bleibt Repräsentationsfigur. Moralisch inzwischen leicht angeschlagen, aber immer noch besser als das Bäckerdutzend für diesen Zweck zur Verfügung stehender Ersatzfunktionäre. Spekuliert man doch bei ihm noch immer auf die Kontakthanbahnung mit Westberlin.

Ebert als Unterhändler? Die SED wäre mit von der Partie. Nur: Was soll Ebert, der „Spatenstecher“ und „Schulterklopfer“ in einer so diffizilen Angelegenheit, wie wir sie bei der Normalisierung der Berliner Verhältnisse vor Augen haben? Wo ein Abbau der Spaltung nur von Osten her erfolgen kann, ohne daß es eines Fritz Ebert bedarf. Ein Wort von der SED, es würde zehn Eberts ersetzen,

Wie kommt die SED von Stalin los?

Härteste Arbeit steht der Partei noch bevor

Die vorübergehende Pause in der Stalin-Diskussion hat viele SED-Mitglieder verwirrt und eine Atmosphäre ideologischer Ratlosigkeit geschaffen. Nachdem Ulbricht wenige Tage zuvor die bisher schärfste Anti-Stalin-Rede nach Chruschtschow gehalten hatte, waren die Parteikonferenz-Delegierten nicht wenig verwundert, die Werke Stalins auf dem Buchstand der Werner-Seelenbinder-Halle vorzufinden. Nur wenige sind imstande, die Zusammenhänge zu durchschauen. Stalin stürzt man nicht an einem Tag! Die härteste Arbeit steht hier der SED noch bevor.

Schuld an dieser Verwirrung sind jene Parteigänger, die, um einer Schwenkung rechtzeitig zu folgen, am liebsten bereits die Stalinallee umgetauft und die Nennung des Namens Stalin unter Strafe gestellt hätten. Die SED-Führung dagegen verfährt nach der Schock-Therapie: Zug um Zug wird Stalin liquidiert. Ulbrichts erste Erklärung war eine Art Vorwarnung. Seine Berliner Rede war eine Grundsatzrede. Und nun werden in weiten Abständen Stalin-Enthüllungen folgen.

Sowjets warteten Jahre

In der Sowjetunion hat man Jahre nach dem Tod des Diktators abgewartet, um dann mit ähnlichen Methoden den Stalin-Mythos zu zerstören. Eine sofortige Abkehr hätte hier nicht vorauszuahnende Folgen gehabt! In der SED ist es ähnlich. Der Buchstand in der Werner-Seelenbinder-Halle, dem Tagungsort der III. Parteikonferenz, war nur Kettenglied eines großen Spiels. Niemand von den Delegierten hat dort Stalin gekauft. Aber allein das Vorhandensein seiner Bücher hat mancher Diskussion die Spitze abgelenkt. Es wäre unsinnig von der SED, demonstrative Akte gegen Stalin zu propagieren. Einen Stalin-Band hat sich nur gekauft, wer ihn kaufen mußte. Die Staatsverlage ziehen jetzt das ideologische Antiquariat aus dem Verkehr, die Parteischulung wird es ignorieren und die bisher geschulten SED-Mitglieder haben das Zeug ohnehin im Bücherschrank. Stalin selbst ist seinerzeit nur wenig anders mit Trotzki verfahren, weil man in den zwanziger Jahren auch einen Trotzki nicht einfach aus dem Bewußtsein der Partei auslösen konnte.

Und die Stalinallee?

Man stelle sich vor, die SED würde plötzlich die Stalinallee

umbenennen! Ein undenkbarer Prestigeverlust. Gewiß wäre es der SED heute lieber, diese Straße hieße nach wie vor „Frankfurter Allee“. So aber wird sie warten, bis sich im Rahmen der neuen Ostberliner Stadtplanung eine Möglichkeit ergibt, die ganze Linienführung Unter den Linden, Königstraße, Stalinallee usw. unauffällig umzutaufen. Anders geht es nun einmal nicht. Man wird auch kein Stalin-Denkmal stürzen. Aber man wird es nicht erneuern, wenn es, vielleicht mit ein wenig Nachhilfe, abzubrockeln beginnt. Das „Elektro-Apparate-Werk J. W. Stalin“ in Berlin-Treptow wird etwa 1957 mit einem anderen Werk zusammengelegt. Sollte die SED nicht bis dahin zwecks Umbenennung warten? Für Mitte Juni ist eine partei-theoretische Konferenz der SED anberaumt. Auf ihr dürfte nach Ansicht informierter Beobachter ein weiterer Schlag gegen den alten Diktator erfolgen. Stalin wird zu 80 Prozent vergessen und nur zu 20 Prozent „liquidiert“!

Eiertanz in der KPD!

Hier ist die Situation in der westdeutschen KPD interessant.

Keine Spionage!

Professor Friedensburg weist Angriffe zurück

Berlin (DPA). Professor Friedensburg hat Behauptungen der Zonen-Presse zurückgewiesen, nach denen sich das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, dem er als Präsident vorsteht, mit Spionageaufgaben beschäftigt, weil es Wirtschafts-nachrichten aus dem Gebiet der Sowjetzone sammelt und auswertet. Friedensburg sagte, mit derselben Berechtigung könne man dem Institut Wirtschaftsspionage gegen die USA, Großbritannien, Frankreich und andere Länder vorwerfen, da in-

Bis heute gibt es keine klare Stellungnahme des KP-Parteivorstandes zur Stalin-Diskussion. Man möchte diese Frage so lange wie irgend möglich umgehen. In der Bundesrepublik wären die Folgen einer derartigen Auseinandersetzung für die SED nicht mehr zu vertreten. So gab die KP in Nordrhein-Westfalen beispielsweise die Direktive heraus, Ulbrichts Stalin-Artikel nicht als Parteischulungsmaterial zu verwenden. Erst auf der für Mai angesetzten Sekretariatssitzung des Parteivorstandes will man das Thema Stalin berühren. Böse Erfahrungen mit einigen Veröffentlichungen der KP-Presse ließen dies ratsam erscheinen.

An den Ostberliner Berufsschulen half man sich mit einer Methode, die auch in anderen Fällen angewandt werden dürfte. Man ließ fünf Seiten des Geschichtsbuches, auf denen Stalins Rolle im letzten Krieg geschildert wird, mit der Begründung streichen: „Der Ausbau des naturwissenschaftlichen Themenraumes erfordert eine Kürzung in anderen Fächern.“ Etwas seltsam, aber nicht ungeschickt arrangiert! Die SED spekuliert auf die Vergeßlichkeit. Sie wird vielleicht zwei Jahre lang in gewissen Abständen kleine Bomben gegen Stalin legen, dann aber wird die Parteilgeschichte neu geschrieben sein. Wer spontane Akte erwartet hat, mag davon enttäuscht sein. Wer die SED und ihre Probleme kennt, weiß jedoch, daß Stalin den Kommunisten noch manche harte Nuß zu knacken geben kann.

nerhalb der Arbeiten des Instituts die Wirtschaftsentwicklung dieser Länder beobachtet und das Ergebnis ausgewertet wird.

Weskamm wieder gesund

Berlin (DPA). Der katholische Bischof von Berlin, Dr. Weskamm, der sich seit Anfang Dezember vergangenen Jahres im Krankenhaus befindet, da er sich zweier Operationen unterziehen mußte, ist wieder hergestellt. Er hat vor Ostern einen Genesungsurlaub angetreten.

Aus der Technik:

Wann kommt das Gasturbinen-Auto?

Schaukelräder müssen hitzebeständig sein · Hohe Drehzahlen

Nicht abreißen wollen die Diskussionen, ob in absehbarer Zeit die Gasturbine auch im Automobilbau den Kolbenmotor verdrängen wird. Auf dem Genfer Automobilsalon wurde erst kürzlich ein Autobus eines italienischen Karosseriewerkes gezeigt, der mit einem Gasturbinenmotor ausgerüstet werden soll. Es steht noch nicht fest, wann dieses Fahrzeug zum erstenmal über die Autobahn fahren wird. Aber daß es eines Tages fahren wird, daran zweifeln selbst die Skeptiker unter den Motorenbauern nicht.

Aber besteht denn wirklich Aussicht, daß sich auch im Automobilbau in naher Zukunft der Turbinenmotor durchsetzen wird? Im Flugzeugbau herrscht heute allgemein die Auffassung, daß neben den rein auf Rückstoß arbeitenden Düsenmotoren die Propellerturbinen (die Luftschrauben dieser Flugzeuge werden nicht vom Kolbenmotor, sondern von einer Gasturbine

angetrieben) das Rennen machen werden. Ähnlich wie das Propellerturbinen-Flugzeug wird das Gasturbinen-Aggregat für das Zukunftsauto aussehen, denn eine Turbine, die in ein Automobil eingebaut werden soll, muß wie ein Kolbentriebwerk eine mechanische Leistung an die Antriebsräder abgeben und nicht unmittelbaren Schub liefern.

Ist das Eis gebrochen?

(Fortsetzung von Seite 2)

starr und unbeweglich bleibt und dadurch mögliche Möglichkeiten versäumt, die sich aus dem sowjetisch-kommunistischen Geschehen vielleicht eröffnen. Zu politischer Unbeweglichkeit ist heute weniger denn je Anlaß gegeben. Auch in unserer Welt, die wir die freie nennen, ist nicht alles schön und in Ordnung. Aber wenn es zumal im Lager der westlichen Intellektuellen Leute gegeben haben sollte, die sich in den vergangenen Jahren von dem selbstbewußten Auftreten des Kommunismus mit seinem scheinbar geschlossenen Denk- und Machtssystem einschüchtern ließen, dann sollten selbst sie aus den Vorgängen dieser Wochen gelernt haben, daß wir kein Gefühl der Minderwertigkeit und Unterlegenheit in der geistigen und politischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zu haben brauchen.

Abrüstung und Wiedervereinigung

Entscheidend für die künftige Wertung der sowjetischen Politik werden — es sei noch einmal betont — die kommenden Taten sein. Für die nächsten Monate sieht der internationale Terminkalender mancherlei Ge-

legenheiten vor, Reisen hinüber und herüber und Konferenzen. Im Augenblick konzentriert sich die Aufmerksamkeit auf die Londoner Abrüstungskonferenz, der die Sowjets einen neuen Abrüstungsplan vorgelegt haben, der in seinen allgemeinen Zügen wirklich ein Fortschritt zu sein scheint. Der Plan zeigt mit seinem vorläufigen Aussparen der Atomrüstung, mit seiner Zustimmung zu einem internationalen Kontrollorgan und sogar zu der Möglichkeit einer Kontrolle durch Luftaufnahmen eine erhebliche Annäherung an westliche, zumal amerikanische Auffassungen.

Keineswegs befriedigen kann aber der sowjetische Vorschlag, eine besondere Abrüstungszone und -kontrolle in Europa zu schaffen, die „die Territorien beider Teile Deutschlands sowie der ihnen benachbarten Staaten einschließt“. Die deutsche Kritik an diesem Teil des Planes wird sich nicht gegen die europäische Sonderzone richten. Schließlich sind wir mit solchen Gedankengängen schon durch den sogenannten Edenplan vertraut. Mit größter Entschiedenheit muß aber auf das feierlich versprochene Junktim von Abrüstung und Wiedervereinigung hingewiesen werden.

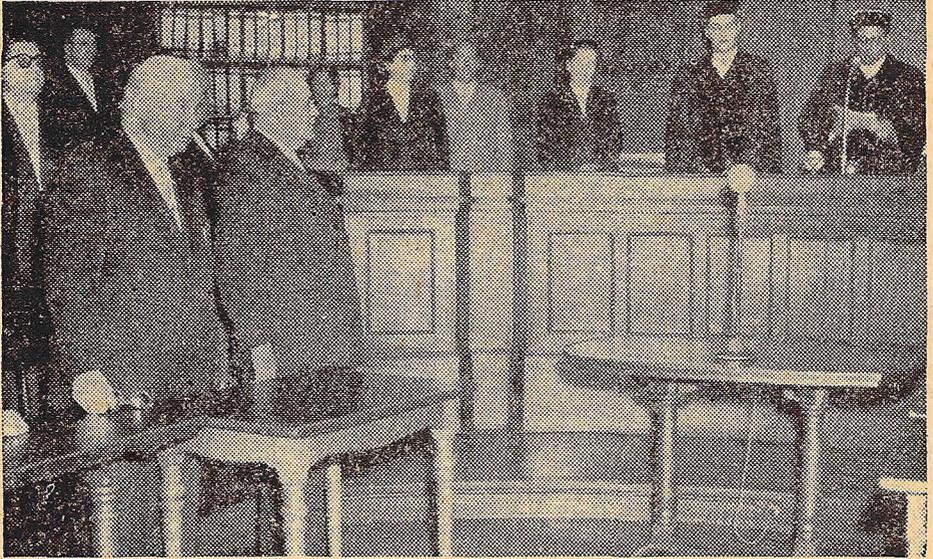
SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2. Druck: W. Buxenstein, GmbH.

Eine Regelung in Mitteleuropa auf der Basis „beider Teile Deutschlands“, also auf der Basis eines nicht wiedervereinigten Deutschland, ist für uns unerträglich. Sie würde die Erstarrung des Status quo bedeuten und damit eines mittel-europäischen Krisenherdes, der schließlich Atomwaffen zur Explosion bringen kann, auch wenn sie weit weg gelagert sind. Man kann sogar sagen, daß sich an diesem Punkte die Frage entscheiden wird, ob der scheinbar vorhandene sowjetische Abrüstungs- und Befriedigungswille echt ist oder nicht. Wenn die Sowjetunion nicht bereit sein sollte, die von ihr aufgebauten Hindernisse der Wiedervereinigung — von dem Beharren auf der Anerkennung Pankows und der Annahme seiner Errungenschaften bis zur de-facto-Ablehnung freier Wahlen — in Verbindung mit einem europäischen Sicherheitssystem wegzuräumen, dann wäre das der Beweis, daß der Kreaml an Abrüstung und Sicherheit mit politischen Hintergedanken herangeht, die dem Ganzen seinen Wert nehmen. Hoffentlich ist es diesmal nicht so!

„Vom Eise befreit sind Ströme und Bäche“, stellt Faust fest. In der Natur ist es tatsächlich soweit, in der Politik leider nicht. Immerhin, einiges Eis ist aufgebrochen.



BILDER DER WOCHE: Mit empfindlichen Haft- und Geldstrafen für die Angeklagten wurde in Westberlin der Oberjat-Prozeß abgeschlossen, ein Verfahren wegen Wirtschaftsvergehen aus den ersten Jahren nach dem Kriege, das vom SED-Regime vergeblich als politischer Prozeß ausgeschlachtet worden war. Der Verlauf des Verfahrens zeigte, daß die Annahme, die Kleinen würden gehenkt und die Großen lasse man laufen, für Westberlin nicht zutrifft. Bild oben zeigt die Urteilsverkündung. Links die Angeklagten Höfer und Oberjat. — Bild unten: Tag und Nacht stehen die modernen Flugabwehrraketen der amerikanischen Luftwaffe in Bereitschaft.

